

## Pressemitteilung, Berlin, 3. Juli 2014

Rechte Gewalt ist in der Bundesrepublik Deutschland ein anhaltendes Problem. Zehntausende solcher Gewalttaten seit der Wiedervereinigung – darunter mindestens 169 Tötungen – zeigen, dass dem Phänomen effektiv nicht mit kurzfristigen Maßnahmen begegnet werden kann. Alleine in den neuen Bundesländern und Berlin wurden im letzten Jahr 737 Fälle rechter Gewalt mit 1086 direkt Betroffenen durch die Opferberatungsstellen registriert. Das Netzwerk der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Deutschland hat Qualitätsstandards für die Arbeit der Beratungsstellen entwickelt. Dabei wurde es vom Deutschen Jugendinstitut wissenschaftlich begleitet. Die Ergebnisse dieses Prozesses liegen nun vor.

### Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Deutschland

Qualitätsstandards  
für eine professionelle Unterstützung

Die Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt haben sich seit über 10 Jahren in professioneller Weise der Opferperspektive verpflichtet. Ihr Fachwissen und ihre Beratungskompetenz, findet nunmehr in den neuer erschienen Qualitätsstandards Ausdruck. Die Broschüre definiert die Spezifik rechter Gewalt, beschreibt die Ziele und Arbeitsprinzipien der Beratungsprojekte und beleuchtet deren Schlüsselprozesse. Sie stellt dar, welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um die unverzichtbare Arbeit der Beratungsstellen perspektivisch zu sichern und in allen Bundesländern flächendeckend aufbauen zu können. Die entwickelten Qualitätsstandards sind entstanden aus den langjährigen Erfahrungen der Projektmitarbeiter\_innen. Sie sind für alle bereits bestehenden Beratungsstellen handlungsleitend und erleichtern den Projekten, die in Zukunft entstehen werden, den Einstieg in die spezifische Arbeit mit Betroffenen rechter Gewalt. Zu den Erstunterzeichnern der Beratungsstandards gehören Projekte aus Bayern, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Niedersachsen, Baden-Württemberg sowie Schleswig-Holstein.

Robert Kusche, Sprecher des Netzwerkes: „Wir freuen uns, dass die Qualitätsstandards vorliegen und von bundesweiten Organisationen getragen werden. Wir sind davon überzeugt, dass im Rahmen des neuen Bundesprogramms „Demokratie leben“ unser Know How dazu beiträgt, dass dringend notwendige flächendeckende Angebote für Betroffene rechter Gewalt in Deutschland entstehen.“

Die beteiligten Projekte danken dem Deutschen Jugendinstitut für die wissenschaftliche Begleitung und der Amadeu Antonio Stiftung für die finanzielle Förderung. Den Text können Sie auf den Internetseiten der beteiligten Projekte herunterladen sowie unter [opferperspektive.de](http://opferperspektive.de); Bestellungen der Druckfassung richten Sie bitte an: ReachOut; Oranienstr. 159 in 10969 Berlin

Für Nachfragen stehen Ihnen gerne Judith Porath, Opferperspektive, Tel. 0151-59100082 und Robert Kusche, RAA Sachsen e.V., Tel. 0351/5002567 zur Verfügung